

Eingegangen im Sekretariat
der Geschäftsstelle des
Stadtrates
10.11.2021

30974

Fro



CHEMNITZ
KULTURHAUPTSTADT
EUROPAS 2025

Änderung des Einreichers
zum Beschlussantrag Nr. BA-065/2021

an den **Stadtrat** zur Sitzung am 24.11.2021

Einreicher:

Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen

öffentlich gemäß § 37 SächsGemO

Gegenstand:

Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit der weiteren Nutzung des Kameraüberwachungssystems in der Chemnitzer Innenstadt

Änderung (Ergänzung/Streichung/Ersatz durch Alternative)

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat bis Februar 2022 eine Informationsvorlage vorzulegen, welche insbesondere

1. die Grundlagen, wesentlichen Inhalte und Ergebnisse der jährlich der Aufsichtsbehörde vorzulegenden Gefahrenprognose und der jeweiligen Berichterstattungen über die Aufklärungsergebnisse bei der Nutzung der Kameraüberwachungsanlage im überwachten Bereich der Chemnitzer Innenstadt darstellt und dazu Stellung nimmt, inwieweit die fortdauernde Nutzung der Kameraüberwachungsanlage im Stadtzentrum noch rechtmäßig ist;
2. mitteilt, ob und inwieweit es in Reaktion auf die jährlichen Berichterstattungen zur Gefahrenprognose und den Überwachungsergebnissen Nachforderungen, Auflagen o. ä. durch die zuständige Aufsichtsbehörde bzw. die Behörde des Datenschutzbeauftragten des Freistaates Sachsen gab;
3. dem Stadtrat darlegt, welche tatsächlichen Personal-, Sach- und sonstigen Kosten der Stadt Chemnitz durch die Betreibung der Anlage seit dem Jahr 2018 entstanden sind;
4. welche konkreten Tatsachen und Faktoren der auf den Überwachungsbereich bezogenen Straftaten und/oder sonstigen Rechtsverletzungen die Fortdauer der Kameraüberwachung derzeit rechtfertigen;
5. eine Darstellung beinhaltet, wie sich im Zeitraum seit der Inbetriebnahme der Anlage im Herbst 2018 bis gegenwärtig das Lagebild betreffend Straftaten und anderen relevanten Rechtsverletzungen im Überwachungsbereich entwickelt hat und wie mit sonstigen polizeilichen Maßnahmen, namentlich Komplexkontrollen, polizeibehördlicher Personalverstärkung und Präsenzsteigerung etc. hierauf reagiert wurde.

i. A. Anja Schale

Unterschrift